SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 33 07/98 4. Jahrgang

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Biz.: 100 500 00 / Kto.-Nr.: 06/001778

NAZI-AUFMARSCH IN HEIDELBERG • NEUES ZU MUMIA ABU-JAMAL • ANTI-AKW-CAMP • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

»Ist die beste Subversion nicht die, Codes zu entstellen, statt sie zu zerstören?« *

Wir haben über unsere Kanäle mitbekommen, daß die in der Juniausgabe dokumentierte „Anschlagserklärung" der „Roten Teufel Westpfalz" vom 16.05.1998 auf Unverständnis gestoßen ist: Vielen unserer LeserInnen fehlt allem Anschein nach der „Draht" zu solch kommunikationsguerillanischen Aktionsformen. Das verstehen wir nur allzu gut. Hier wurde *aller Wahrscheinlichkeit nach* die Stimme einer etwa Vierjährigen „gefaket", um die Kaiserslauterner Polizei über mehrere Stunden hinweg „in Atem zu halten". Sollte es sich dabei tatsächlich um eine generalstabsmäßig geplante und perfekt umgesetzte „Verarschung der Bullen" gehandelt haben, dann hat dies höchstwahrscheinlich folgenden Hintergrund: Um den Ausbau des nach innen und außen aufgerüsteten Polizei- und Überwachungsstaates forcieren zu können, ist es von Seiten des bürgerlich-kapitalistischen Systems von Zeit zu Zeit notwendig, propagandistische Mittel zu mobilisieren, die geeignet sind, gewisse „Emotionen" in der „*deutschen*" Bevölkerung kanalisierbar zu „wecken". Ein Beispiel hierfür ist »die geplante Errichtung einer Datei mit den genetischen Fingerabdrücken von mutmaßlichen StraftäterInnen... Vorbereitet wurde diese Maßnahme mit einer bewußt emotional orientierten Medienkampagne, die die Genanalyse als einziges Mittel gegen pädophile Sexualstraftäter propagierte. Nach dieser populistischen Einleitung war in den kurz darauf vorgelegten Gesetzesentwürfen von Sexualstraftätern keine Rede mehr.« ** Und genau an diesem Punkt wollte die „Aktion" des „Kommandos Luca Di Magio" anknüpfen. Um die zur Zeit kursierende, zielorientiert eingesetzte „Sexualstraftäter-Hysterie" der Innere Sicherheit-PropagandistInnen vom Zentrum der herrschenden Ordnung aus anprangern zu kön-

Inhaltsverzeichnis:

antifa

Kein Naziaufmarsch am 4. Juli in Heidelberg 5
Naziaufmarsch am 4. Juli verhindern! 7
Naziaufmarsch in Heidelberg verhindern 9

neues aus den infoläden

„Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat!" 11

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Juli 14

internationales

Mumi Abu-Jamal und der lange Kampf um Leben und Freiheit 16

repression

Innere Sicherheit - Sicherheit für wen? Die „Säuberung" der Innenstädte - ein Aspekt der „Inneren Sicherheit" 20

anti-akw-bewegung

Abschalten ist ein anderes Wort für Sicherheit - Anti-AKW-Aktionscamp in Obrigheim 22

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 24

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Juli 27

nen, wurde mit dem völlig überzogenen Einsatz eines „gefaketen" Hilferufs eines vierjährigen Kindes der exekutive Arm des repressiven Herrschaftssystems in die Irre geführt. Hier ging es bestimmt nicht darum, sich das Herrschaftsverhältnis „Erwachsene-Kinder" zunutze und von dieser Warte aus über (Klein-)Kinder lustig zu machen, die Opfer sexistischer Gewalt sind oder werden. Im Gegenteil: Mit dem Prinzip der *Überidentifizierung*, mit der eine Positionierung innerhalb der Logik der herrschenden Ordnung vorgenommen wird, sollte sichtbar gemacht werden, daß der bundesrepublikanische Staat und seine Repressionsorgane je nach Bedarf real existierende Ängste und Bedrohungspotentiale hysterisch aufläd, um die „deutsche Volksgemeinschaft" emotional zusammenzuschweißen und dann Gesetze oder Verordnungen durchzupeitschen, von denen am Ende lediglich die

> "Der Aufbau eines starken Staates entspricht durchaus den Wünschen großer Teile der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Unsicherheiten und der damit einhergehenden Vereinzelung und Entsolidarisierung nimmt das individuelle Sicherheitsverlangen der Menschen zu. Zusammen mit tief verankerten obrigkeitshörigen Psychostrukturen, Wohlstandschauvinismus und latent oder offen rassistischen Stimmungen entsteht so der Wunsch nach einem autoritären und alle potentiellen Unsicherheiten ausschaltenden Staat."
>
> Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA)

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im

Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Herrschenden profitieren - und sonst niemand! Und „auf der Straße" durchgesetzt werden diese immer schärferen Gesetze und Verordnungen vor allem von der Bullizei. Deshalb ist ein Mitleid mit diesen grün-weißen Schergen des auf Unterdrückung aufbauenden Systems, die ja „ab und zu auch ganz vernünftige Arbeiten verrichten" (z. B. „Kinderschänder" festnehmen, den Verkehr regeln oder Nazis zusammenschlagen), völlig unangebracht. Trotz alledem muß permanent klar sein, daß »ein solcher Angriff nur dann wirksam [ist], wenn sich [die Sprecherin] scheinbar eindeutig innerhalb der Logik des Systems positioniert. Daher ist das Prinzip der Überidentifizierung in der praktischen Umsetzung ungleich problematischer als das der Verfremdung. ... Eine mißglückte Überidentifizierung [kann] das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. In der Praxis ist es schwer einzuschätzen, ob man tatsächlich wesentliche Bruchstellen der herrschenden Diskurse aufgespürt hat. Eine Aktion kann schneller von der Realität überholt werden, als sie ausgeheckt wurde.« ***

Genau das scheint in dem vorliegenden Fall passiert zu sein. Unsere LeserInnen, denen sonst ein hoher Bewußtseins- und Reflexionsgrad bescheingt werden kann, konnten nicht mehr eindeutig erkennen, um was es bei dieser „Aktion" gegangen ist. Deshalb werden wir in Zukunft *solche* „Anschlagserklärungen" nur noch **kommentiert** veröffentlichen.

Das alles bestimmende Thema der zweiten Junihälfte war aber nicht diese „Anschlagserklärung", über die wir uns jetzt so lange „ausgelassen" haben, sondern der (geplante) Nazi-Aufmarsch in Heidelberg. Am 04.07.1998 wollen sie also massenhaft nach Heidelberg kommen, um hier eine als Bismarck-Todestag-„Feier" getarnte bundesweite Demonstration durchzuführen. Für diesen Auftritt organisierter Faschismus-PropagandistInnen ist die aus Strukturen der verbotenen FAP hervorgegangene „Karlsruher Kameradschaft" verantwortlich. Fest steht, daß - auch wenn eine städtische Verbotsverfügung verwaltungsgerichtlichen Bestand haben sollte - Nazis in Heidelberg einfallen werden, um hier ihrer menschenverachtenden Ideologie öffentlichkeitswirksamen Ausdruck zu verleihen (Über die Nationalen Infotelefone kündigen die Nazis bereits an, sich über ein Verbot hinwegzusetzen.). Dies gilt es mit aller Entschiedenheit zu verhindern! Aus diesem Grund hat sich ein antifaschistisches Aktionsbündnis gebildet, mit dem die konsequente Verhinderung des Aufmarsches organisiert werden soll. Um euch genauere Informationen zur Verfügung zu stellen, drucken wir die Aufrufe der Autonomen Antifa Heidelberg, des Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA) ab. Wenn ihr aber auf aktuellem Stand gehalten werden wollt, so wendet euch doch bitte telefonisch an folgende Nummer: (06221) 22 65 2.

In der revolutionären Hoffnung, den Nazis am 04.07. ihren öffentlichen Raum in Heidelberg zu nehmen und ihnen so viel Widerstand entgegenzubringen, daß sie sich nie wieder in diese Stadt oder sonstwohin trauen werden.

Autonomes Redaktionskollektiv

[Übrigens wird es - so wie jedes Jahr - im August keine *Sabo* geben! (Wir brauchen auch mal so etwas wie „Urlaub".) Trotzdem wird der August selbstverständlich kein „toter Monat" sein, in dem gar nichts geht, weil sowieso alle weg sind. Also achtet auf Ankündigungen außerhalb unseres Zeitungsprojektes. Bis dann in aller Frische im September.]

Anmerkungen

* Roland Barthes

** Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA): „*Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat*", in: dies. (Hrsg.): **Texte über die „Innere Sicherheit"**. *Dokumentation*, Heidelberg: Juni 1998, Seite 5 [siehe auch Rezension in dieser *Sabo*]

*** autonome a.f.r.i.k.a. gruppe/Luther Blisset/Sonja Brünzels: **Jetzt helfe ich mir selbst**. *Handbuch der Kommunikationsguerilla*, Hamburg/Berlin/Göttingen: Verlag Libertäre Assoziation / Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Seiten 56/57 (*Prinzipien & Methoden*: „Prinzip Überidentifizierung")

Kein Naziaufmarsch am 4. Juli in Heidelberg!

Für Samstag, den 4. Juli 1998 haben Neofaschisten einen Aufmarsch in Heidelberg angekündigt. Anläßlich des 100sten Todestages von Bismarck planen die Neonazis einen Aufmarsch durch die Heidelberger Innenstadt durchzuführen und mobilisieren für diese Aktion bereits bundesweit.
Tagtägliche rassistische Angriffe auf MigrantInnen mit steigender Brutalität, neofaschistische Großveranstaltungen wie zuletzt die NPD Kundgebung am 1. Mai in Leipzig, sowie der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt sind nur einige Entwicklungen die drastisch verdeutlichen, wie notwendig antifaschistischer Widerstand geworden ist.
Lassen wir uns die Provokation der Neonazis nicht gefallen. Verhindern wir gemeinsam den Naziaufmarsch am 4. Juli in Heidelberg! Es liegt an uns allen!

Der Aufschwung der Neonaziszene bundesweit...

Derzeit befindet sich die Rechte auf dem Vormarsch. Im letzten Jahr waren mehr neofaschistische Gewalttaten zu verzeichnen als in der gesamten Geschichte der BRD. Daneben genießen faschistische Organisationen, insbesondere die NPD regen Zulauf gerade von Jugendlichen. Aber auch jenseits fester Strukturen ist die Naziszene im Aufschwung. Die faschistische Skinheadszene hat es geschafft in vielen Orten die dominante Kraft darzustellen, an der sich die Heranwachsenden orientieren. Dabei spielt die neofaschistische Subkultur eine zentrale Rolle. Nazikonzerte und rechte Plattenversände sind bei der Politisierung von Jugendlichen sehr bedeutend.

Neben den Bemühungen der organisierten Naziorganisationen spielt aber auch die gesellschaftliche Situation eine entscheidende Rolle. So werden für staatliche Mißstände wie Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau schnell Sündenböcke präsentiert. Quer durch alle Parteien finden sich Losungen und Schlagwörter die sich der NPD-Rhetorik verblüffend ähneln und die rassistische Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung weiter verschärfen. Ausländische Menschen werden weiterhin als Gäste deklariert, die sich bemühen sollten die Gastfreundschaft der Deutschen nicht zu gefährden. Parallel dazu werden die entsprechenden Gesetze weiter verschärft, abgelehnten oder nur geduldeten Menschen wird die Sozialhilfe entzogen, Flüchtlinge werden in Abschiebelager gesperrt und Abschiebungen werden ohne Rücksicht auf das weitere Schicksal im Heimatland durchgeführt. In diesem Klima der Ausgrenzung ist die Entstehung einer neofaschistischen Bewegung nicht weiter erstaunlich. Als Antwort auf den Wahlerfolg der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt entschloß sich beispielsweise die CDU/CSU eine verschärfte Gangart in der Ausländerpolitik zu fahren, um die sogenannten Protestwähler wiederzugewinnen. Rassismus wird von den verantwortlichen PolitikerInnen bewußt geschürt, um von sozialen Mißständen abzulenken. Daher kann sich wirksamer Antifaschismus nicht innerhalb von Parlamenten und staatlichen Verwaltungsstellen bewegen. Wirksamer Antifaschismus bewegt sich außerparlamentarisch, bewegt sich auf der Straße!

...und in der Region

Auch in der Rhein-Neckar Region existiert eine aktive Neonaziszene. Neben Kadern der Jungen Nationaldemokraten und organisierten Strukturen der NPD, finden sich im Umkreis vor allem jugendliche Naziskinheads. Insbesondere fallen diese Jungnazis durch Gewalttaten auf. Der letzte traurige Höhepunkt war der Angriff von etwa 30 bewaffneten und vermummten Neonazis auf eine Geburtstagsfeier ausländischer Jugendlicher im Weinheimer Café Central am Pfingstsamstag. Die aus dem Großraum Weinheim/Mannheim stammenden Naziskins verletzten mehrere Besucher, drei davon

schwer, und zerstörten die Einrichtung des Cafés.

Darüber hinaus hat sich im Großraum Mannheim/Ludwigshafen eine feste Neonaziszene etabliert. Neben eigenen Sprachrohren, wie den Skinheadmagazinen „Doitsche Offensive“ und „Der Feldzug“, betreiben die Neofaschisten intensive Nachwuchsarbeit, insbesondere über Plattenversände und Propagandaarbeit im Stadion des SV Waldhof. Inzwischen vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht über faschistische Ausschreitungen bei einem Pfälzer Weinfest oder von rassistischen Überfällen in der Region berichtet wird.

Aber auch in Heidelberg fallen die Bemühungen der Neonazis auf etwas fruchtbaren Boden. Zwar existiert hier faktisch keine offensiv auftretende Naziszene, allerdings finden sich rassistische und nationalistische Gedanken ebenso bei etlichen Burschenschaften und Studentenverbindungen. Wie intensiv die Kontakte zwischen militanten Neonazis und Burschenschaften tatsächlich sind, stellte sich zuletzt am Abend des 30. Aprils in Heidelberg erneut unter Beweis. Neben etwa 40 Burschenschaftern sangen auch etliche Neonazis und Skinheads nach alter Tradition den Mai an. Auf dem Schloß konnten die Neofaschisten trotz entschlossener Proteste das Deutschlandlied in allen drei Strophen singen, Naziparolen grölen und vereinzelt den Hitlergruß zeigen. All dies wurde erst durch ein massives Polizeiaufgebot ermöglicht.

Gerade durch die Erinnerung an den Reichskanzler Bismarck scheint eine gemeinsame Thematik für Neonazis, ebenso wie für reaktionäre Burschenschafter gefunden zu sein. Es ist also zu befürchten, daß neben militanten Neofaschisten auch Heidelberger Burschen ihre nationalistischen und rassistischen Inhalte auf die Straße tragen werden.

Die Anmelder des Aufmarsches stammen aus Karlsruhe und sind Mitglieder der sogenannten Karlsruher Kameradschaft. Diese Gruppierung ist die faktische Weiterführung der alten FAP-Strukturen nach dem Verbot der Partei 1995. Die Kameradschaft organisiert regelmäßig Veranstaltungen mit prominenten Gastrednern, Schulungsabende, Ausflüge und ist außerdem für zahlreiche Straftaten im Raum Karlsruhe verantwortlich. Neben der Schändung von jüdischen Friedhöfen gehören auch bewaffnete Angriffe auf MigrantInnen und vermeintliche politische Gegner zum Repertoire der Karlsruher Kameradschaft. Daneben verfügt die Kameradschaft über hervorragende Kontakte zur bundesweiten Neonaziszene und somit dürfte die Mobilisierung der Neofaschisten relativ erfolgreich verlaufen.

Falls wir es zulassen!

Es steht fest, daß es für Neonazis in Heidelberg keinen Platz gibt. Dies zu verdeutlichen wird am 4. Juli die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen sein. Es ist nicht hinzunehmen, daß organisierte Neonazis ihrem Nachwuchs erneut eine Massenveranstaltung bieten, um ihr rassistisches Weltbild zu festigen und sie weiter für die Sache zu begeistern. Ebenso wenig werden wir die Verbreitung faschistischer Gedanken auf Heidelbergs Straßen zulassen. Um effektiv Widerstand leisten zu können, müssen sich die Aktionsformen der verschiedenen Kräfte ergänzen.

Wir dürfen uns auch auf gar keinen Fall auf ein Verbot der Stadt verlassen, meist haben die Nazis mit ihren Klagen Erfolg und können trotz vorherigem Verbot ihre Aktionen durchführen. Dies stellte sich zuletzt bei der Großkundgebung von etwa 4000 Neofaschisten in Leipzig unter Beweis.

Also, raus auf die Straße! Laßt uns gemeinsam am 4. Juli die Nazis aus der Stadt treiben!

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Nazi-Aufmarsch am 4. Juli in Heidelberg verhindern!

Für Samstag, den 4. Juli 1998 hat die neofaschistische Kameradschaft Karlsruhe einen Aufmarsch in Heidelberg angekündigt. Inzwischen mobilisieren Neonazis über sogenannte Nationale Infotelefone bundesweit zu der Veranstaltung, die zu Ehren des „Reichsgründers Otto von Bismarck" stattfinden soll. Neben den zu erwartenden militanten Neonazis und Skinheads ist mit der Teilnahme von zahlreichen reaktionären Burschenschaftern aus Heidelberg selbst zu rechnen.

Am 30. April dieses Jahres führten bereits mehrere studentische Verbindungen das sogenannte Maiansingen auf dem Schloß mit zahlreichen militanten Neonazis durch. Allerdings konnte 1998 mit einem Bündnis linker Gruppen verhindert werden, daß die Burschenschaften ihre nationalistischen Inhalte auf dem Marktplatz verbreiten konnten.

Auch das jetzige Vorhaben der Neofaschisten stößt in der Region auf vehementen Widerstand. Neben autonomen/antifaschistischen Gruppen haben sich Gewerkschaften, Parteien und Verbände in einem Bündnis zusammengetan, um gemeinsam diesen Naziaufmarsch zu verhindern. Es darf nicht hingenommen werden, daß den Neonazis eine Plattform für ihre menschenverachtenden Parolen überlassen werden soll. Insbesondere in einer Zeit, in der sich die Neonaziszene auf dem Vormarsch befindet.

Im letzten Jahr wurden mehr faschistische Gewalttaten registriert als je zuvor in der Geschichte der BRD. Naziorganisationen erfreuen sich regen Zulaufs, gerade von Jugendlichen. Militante Naziskinheads dominieren in zahlreichen Orten bereits das Straßenbild und die Jugendkultur. Es vergeht nahezu kein Wochenende, an dem nicht irgendwo in der BRD Neonazis aufmarschieren, wie kürzlich am 20. Juni in Berlin. Der Wahlerfolg der faschistischen DVU in Sachsen-Anhalt hat diese Entwicklung noch unterstrichen und der Aufschwung der neofaschistischen Szene dauert an.

Gerade im Rhein-Neckar-Dreieck zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind mehrere Nazi-Kader ansässig, die immer wieder versuchen, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen Nachwuchs zu rekrutieren und eine breite bürgerliche Akzeptanz für ihre faschistischen Inhalte zu erlangen.

Dennoch gibt es nach wie vor Menschen, die sich dieser Entwicklung aktiv entgegenstellen. Ein Beispiel jüngster Zeit aus der Rhein-Neckar-Region ist der Laden des faschistischen Skinheads und Nazi-Kaders Christian Hehl in Ludwigshafen, der inzwischen aufgrund breiten antifaschistischen Widerstandes schließen mußte. Bei einem Infostand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten in Mannheim im Dezember 1997

führte eine antifaschistische Gegenmobilisierung dazu, daß die anwesenden 50 Neonazis ihre rassistischen „Lösungsansätze“ sozialer Probleme nicht verbreiten konnten.

Zwar erwägt die Stadt Heidelberg ein Verbot des Neonazi-Aufmarsches auf dem Bismarckplatz am 4. Juli. Dennoch kündigen die Nationalen Infotelefone großspurig an, sich über ein etwaiges Verbot hinwegzusetzen. Oftmals wurden den Neonazis ihre Aufmärsche gerichtlich in letzter Sekunde doch noch genehmigt, die Verbote der Städte wurden somit aufgehoben, wie dies am 1. Mai 1998 in Leipzig der Fall war. Die NPD versuchte, den internationalen Tag der Arbeit für ihre Zwecke zum „Tag des nationalen Widerstandes“ umzufunktionieren. Unter diesem Motto wollen die Nazis auch den 4. Juli in Heidelberg begehen.

Darum liegt es an allen fortschrittlichen Menschen, Rassismus und faschistische Umtriebe nicht zu dulden, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und antifaschistischen Widerstand zu leisten.

Die nächste Möglichkeit dies zu tun bietet sich am 4. Juli in Heidelberg.

Also, raus auf die Straße!
Kein Nazi-Aufmarsch in Heidelberg und anderswo!

Es rufen auf:

Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN): AG Junge GenossInnen in und bei der PDS, Antifa ArbeitsKreis der JUZ-Initiative Neustadt/Weinstraße, Antifa AK der Uni HD, Antifa Neckar-Odenwald/keine Lichterketten, Antifaschistische Jugendaktion Mannheim (AJAMA), Autonome Antifa Heidelberg (AA/BO), ARNie-Redaktionsgruppe, Für Andere Zustände (FAZ), Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D., PDS Heidelberg, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistlnnen (VVN/BdA), Wilde Horde Mannheim; Anti-AKW/Castor-Gruppe Heidelberg, Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA), Antifa Kollektiv Maus (Karlsruhe), Autonomes Zentrum Heidelberg, *Contraste* (Zeitung), Deutsche Kommunistische Partei Heidelberg, Deutscher Freidenker-Verband, Gewaltfreie Aktion Heidelberg, Kultgruppe Heidelberg, Roter Splitter, *Sabotage* (Zeitung), Unheilbar-LesBiSchwule Gruppe im Autonomen Zentrum, Zündsatz GbR, VEB Laut & Lästig

Wer war Bismarck?

Otto von Bismarck, Reichskanzler von 1871 bis 1890, war ein entschiedener Gegner der ArbeiterInnenbewegung. Er erklärte in seiner Amtszeit die Sozialdemokratie zum „Reichsfeind“. Als Gründe mußten die Ausrichtung der Sozialdemokratie an Karl Marx und Friedrich Engels, die fehlende Abgrenzung zu AnarchistInnen sowie die Forderung nach mehr Rechten für den Reichstag herhalten. Mit Hilfe des 1878 verabschiedeten Sozialistengesetzes wurden sämtliche Versammlungen und propagandistischen Tätigkeiten sozialistischer, kommunistischer und sozialdemokratischer Vereine verboten. Durch Einführung von Zwangsversicherungen wollte Bismarck die Arbeiterschaft der Partei und den Gewerkschaften entfremden („Sozialgesetzgebung“). Ziel Bismarcks war es, den politischen Sozialismus zu zerschlagen und revolutionäre Kräfte zu schwächen.

Naziaufmarsch in Heidelberg

verhindern!

Am Samstag, den 4. Juli wollen Nazis in Heidelberg einen Aufmarsch zum Gedenken an den Reichskanzler Bismarck durchführen. Über Internet und „Nationale Infotelefone" wird bundesweit in der Naziszene mobilisiert; die VeranstalterInnen haben bereits Busse aus dem gesamten Bundesgebiet angekündigt. Angemeldet wurde der Aufmarsch von der „Karlsruher Kameradschaft", die über die Infotelefone dazu auffordert, sich auch von möglichen Verboten nicht irritieren zu lassen, da für gute Anwälte gesorgt sei.

Die Stadt Heidelberg hat angekündigt, die Möglichkeit eines Verbotes zu prüfen, denn schließlich paßt es nicht ins Bild einer romantischen TouristInnenstadt, wenn StiefelfaschistInnen auf dem Bismarckplatz aufmarschieren. Daß der Grund für ein mögliches Verbot nicht so sehr ein überzeugter Antifaschismus als vielmehr die Angst vor einem Imageverlust der Stadt ist, zeigt die Tatsache, daß die Stadt mit weniger angsteinflößenden Naziveranstaltungen kaum Probleme hat: In der Nacht zum 1. Mai fand auch dieses Jahr wieder das traditionelle Maiansingen neofaschistischer Burschenschafter, bei dem immer auch militante StiefelfaschistInnen anwesend sind, statt. Obwohl dabei immer wieder Naziparolen gerufen werden und der Hitlergruß gezeigt wird, wird diese Veranstaltung regelmäßig von der Polizei geschützt.

Während offen auftretende FaschistInnen sonst eher eine Seltenheit in Heidelberg sind, ist es ihnen in anderen Gebieten - sogenannten „national befreiten Zonen" - gelungen, die Straßen für sich zu gewinnen. In zahlreichen ostdeutschen Städten ist es für MigrantInnen, Obdachlose, Linke und andere als „undeutsch" deklarierte Menschen nicht mehr möglich, sich gefahrlos in der Öffentlichkeit zu bewegen. Die Nazis können sich bei ihren Übergriffen oftmals der stillschweigenden Unterstützung der Stadtverwaltung, der lokalen Medien und breiter Teile der Bevölkerung sicher sein.

Doch die Dominanz von Nazis im öffentlichen Raum ist kein auf Ostdeutschland beschränktes Problem. Auch in der Region hier gewinnen sie stetig an Stärke und Einfluß, wie zunehmende Aktivitäten in den Dörfern um Heidelberg, in Mannheim/Ludwigshafen und im Saarland zeigen.

Doch Naziaufmärsche, wie der am 4. Juli, dürfen nicht isoliert betrachtet werden.

Sie sind eingebettet in eine Rechtsentwicklung großer Teile der Gesellschaft und somit nur die Spitze des Eisberges. Seit dem Anschluß der DDR stieg nicht nur die Zahl der rassistischen Anschläge sprunghaft an, es wurde auch ein Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen. Endlich konnte mensch sich wieder deutsch fühlen, ohne an Auschwitz erinnert zu werden. Außenpolitisch äußerte sich dieses Denken in einem Rückfall in ein aggressives Großmachtstreben, das sich nicht nur im wirtschaftlichen Bereich äußert: Die Bundeswehr ist inzwischen zu einer Interventionsarmee umfunktioniert worden, die weltweit deutsche Interessen verteidigt. Dabei wird nicht einmal davor zurückgeschreckt, in Länder zu intervenieren, die schon von der Wehrmacht heimgesucht wurden. Auch im innenpolitischen Bereich verschärft sich die Gangart: Der faktischen Abschaffung des Asylgesetzes folgte die immer weitergehende Verschärfung der Ausländergesetze, die ihren vorläufigen Höhepunkt in den Plänen findet, abgelehnten Flüchtlingen die Sozialhilfe zu streichen, und sie somit quasi auszuhungern. Daß sich gegen solche menschenverachtenden Pläne so gut wie kein Widerstand regt, zeigt, daß sich die PolitikerInnen auf einen rechten Grundkonsens in der Gesellschaft verlassen können. Eine ähnliche Wechselwirkung zwischen der latent autoritären Bevölkerung und der Politik, die diese Tendenzen begierig aufgreift und verstärkt, ist in der Diskussion um den Ausbau des Sicherheitsstaates erkennbar. Viele der neuen Maßnahmen, die wie z. B. der Lauschangriff elementare bürgerliche Grundrechte verletzen, werden von großen Teilen der Bevölkerung durchaus begrüßt, was durch die Debatten über die angeblich steigende Kriminalität von Seiten der Medien und PolitikerInnen noch verstärkt wird.

Als Wegbereiter dieser Entwicklung fungieren häufig Naziparteien und StiefelfaschistInnen. So kamen die durch den staatlichen Rassismus geschürten Pogrome kurz nach der sogenannten „Wiedervereinigung" den PolitikerInnen sehr gelegen, um die hermetische Abschottung Deutschlands zu legitimieren. Frei nach der Logik: Schuld am Rassismus sind nicht die Nazis, sondern die MigrantInnen. Auch die Parole „Sicherheit durch Recht und Ordnung", die sinngemäß inzwischen auch auf SPD-Plakaten zu lesen ist, stammt ursprünglich von der NPD.

Besonders deutlich zeigte sich diese Vorreiterrolle der Nazis bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Nach den Wahlerfolgen der DVU beschloß die CDU/CSU nicht etwa eine entschlossenere Bekämpfung der FaschistInnen, sondern beeilte sich, deren Forderungen zu übernehmen, um die Nazi-WählerInnen für sich zu gewinnen.

Es gilt, sich der Rechtsentwicklung entschlossen entgegenzustellen und den Naziaufmarsch, als eine der krassesten Ausprägungen dieser Entwicklung, mit allen Mitteln zu verhindern! Wir dürfen nicht dulden, daß die FaschistInnen hier in Heidelberg ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten, und es ihnen durch die anziehende Wirkung eines erfolgreichen Aufmarsches gelingt, neue Leute zu rekrutieren.

Kein Fußbreit den Faschisten!
Antifaschistische Jugendaktion
Heidelberg (AJA)

„Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat!“

Im „Superwahljahr“ 1998 ist die sogenannte „Innere Sicherheit“ parteiübergreifend zum Hauptwahlkampfthema hochstilisiert worden. Unter Regreß auf rassistische und nationalchauvinistische Argumentationsmuster, die in populistisch aufbereiteter Form über die gleichgeschalteten Medien transportiert werden, soll der autoritäre Sicherheitsstaat BRD auf ein breites Fundament gehievt werden. „Als [konstruiertes] Feindbild muß dafür die angeblich von MigrantInnen dominierte »Organisierte Kriminalität« (OK) herhalten.“
Um „vor allem einen ersten Einblick in das vielschichtige Thema »Innere Sicherheit« zu bieten“, hat die Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg *(AJA) Anfang Juni 1998 eine 48seitige Broschüre ediert, in der sie im Anschluß ihres zweiseitigen Flugblattextes „*Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat*“ 20 Artikel aus acht linken/linksradikalen Publikationen dokumentiert.*
„Die Dokumentation beginnt mit einigen Artikeln, die auf die verschiedenen Teilaspekte der Inneren Sicherheit (...) einzeln eingehen und einen kurzen Überblick geben sollen. (...) De[r] ... Artikel zum New Yorker Modell ... aus der Zeitung KASSIBER *[ist] ... aufgenommen [worden], weil das New Yorker Modell mittlerweile Vorbildcharakter für die deutsche Sicherheitspolitik hat... Um zu zeigen, daß der Wahlspruch »Law and order is a Labour Issue« keine neue Erfindung von Tony Blair und Gerhard Schröder ist, sondern seinen Ursprung bereits in der Weimarer Republik hat, [wird] ein Artikel über die damalige SPD aus der* KONKRET *[dokumentiert]. Danach folgt ein Artikel über den Hamburger SPD-Kandidaten Henning Voschesau, da dessen Wahlkampf [zur Hamburger BürgerInnenmeisterInnenwahl] als Beispiel für die kommende Bundestagswahl gilt. (...) Die Dokumentation schließt mit einigen analytischen Artikeln aus der* GRASWURZELREVOLUTION, *dem* EINSATZ *und der* BAHAMAS *sowie einem kurzen Anhang.“ (aus dem Vorwort)*
Diese Broschüre ist genau zu jenem Zeitpunkt veröffentlicht worden, zu dem wir einen eigenen redaktionellen Beitrag zum Thema „Innere Sicherheit“ fertigstellen wollten. Angekündigt hatten wir dies ja bereits in der Märzausgabe, aber in die Tat umgesetzt bis dato noch nicht. Deshalb kam es uns ganz gelegen, daß uns die AJA *mit dieser umfangreichen Zusammenstellung nahezu aller lesenswerten Texte, die sich (auf teilweise äußerst hohem Niveau) mit dem bedrohlichen „Sicherheits“-Phänomen auseinandersetzen, sehr viel „Arbeit“ abgenommen hat. Das heißt jetzt zwar nicht, daß wir auf unseren eigenen Beitrag gänzlich verzichten wollen; aber wir können uns angesichts dieser von der* AJA *edierten Dokumentation auf jeden Fall noch ein bißchen mehr Zeit damit lassen. Um euch den Kauf dieser in gut sortierten Infoläden erhältlichen Broschüre leichter zu machen, zitieren wir ein paar Passagen aus dem oben bereits erwähnten Flugblatt der* AJA*:* -Sabotage

» Seit Beginn der 90er Jahre haben sich die ökonomische Situation sowie das soziale und politische Klima auch in der BRD dramatisch verändert. Hintergrund dieser Entwicklung war die Unfähigkeit des keynesianischen Wirtschaftsmodells, für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und ein Ansteigen der Profitrate zu sorgen.

Wie inzwischen fast überall konnte sich deshalb auch in Deutschland eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik durchsetzen. Folgen dieser Politik sind sozialer Kahlschlag, Massenarbeitslosigkeit und zunehmende ökologische Gefahren. In dieser neuen Situation kann großen Teilen der Bevölkerung kein befriedigender Lebensstandard mehr gewährleistet werden. Wenn die bewußte und unbewußte Akzeptanz eines Gesellschaftssystems nicht auf der Zufriedenheit mit den Lebensumständen beruht, wird von Seiten des Staates verstärkter Druck notwendig. Auch wenn die Frustration der benachteiligten Bevölkerungsteile nicht in direkten Widerstand umschlägt, so bringt mehr Armut doch auch immer eine größere Destabilisierung eines Sozialsystems mit sich. Außerdem ist es für die NutznießerInnen dieser Wirtschaftsordnung sinnvoll, zukünftigen Protesten präventiv vorzubeugen. So fordert der Abbau des Sozialstaates zur Machterhaltung der Herrschenden auf längere Sicht den Ausbau des Polizeiapparates. Eine weitere Strategie ... ist die bewußte Schaffung von Feindbildern, die die Gemeinschaft zusammenschweißen und von den wirklich für die soziale Unsicherheit Verantwortlichen ablenken soll. [Der] „Terrorismus" ... wurde ... durch die angeblich von MigrantInnen beherrschte „Organisierte Kriminalität" ersetzt. Denn nichts bietet sich besser an, als das ohnehin schon rassistische Klima in der Gesellschaft zu nutzen und die MigrantInnen als Sündenböcke darzustellen, um so eine Art nationale „Volksgemeinschaft" zu konstituieren, welche die wirklich Schuldigen in Politik und Wirtschaft entlastet. (...) Doch es wäre falsch, den Ausbau der Sicherheitsapparate einzig und allein als eine herrschaftssichernde Strategie des Staates zu interpretieren. Der Aufbau eines starken Staates entspricht durchaus den Wünschen großer Teile der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Unsicherheiten und der damit einhergehenden Vereinzelung und Entsolidarisierung nimmt das individuelle Sicherheitsverlangen der Menschen zu. Zusammen mit tief verankerten obrigkeitshörigen Psychostrukturen, Wohlstandschauvinismus und latent oder offen rassistischen Stimmungen entsteht so der Wunsch nach einem autoritären und alle potentiellen Unsicherheiten ausschaltenden Staat. (...) Das aus New York importierte Prinzip der „Null Toleranz" gegenüber Kleinstkriminellen und anderen „StörerInnen" wird in den meisten deutschen Städten mit Begeisterung aufgenommen, und es wird noch rücksichtsloser gegen Obdachlose, SprayerInnen und SchwarzfahrerInnen vorgegangen. In den Innenstädten soll „aufgeräumt" werden, um kaufkräftigen KundInnen das Shopping nicht durch den unangenehmen Anblick von „verschmierten" Wänden oder „verwahrlosten" Menschen zu vermiesen. (...) Erster Höhepunkt der [bundesweiten] Kampagne für mehr Sicherheit und Ordnung ist der erst kürzlich verabschiedete „Große Lauschangriff". Dieser erlaubt es, Wohnungen von Verdächtigen und deren Kontaktpersonen abzuhören. Mit Verweis auf die angebliche Gefahr der „Organisierten Kriminalität" werden hier vorstaatliche Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung als elementarer Lebensraum des Menschen abgebaut und durch das neue Superrecht auf Sicherheit ersetzt. (...) Die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte, die ohnehin nur für deutsche StaatsbürgerInnen gelten, werden vollends zur Farce, da sie scheinbar jederzeit zur Disposition stehen. Die er-

folgreiche Angstmache in der Bevölkerung ermöglicht den PolitikerInnen, im Namen der Kriminalitätsbekämpfung Überwachungs- und Polizeistaatsmethoden in einem solchen Umfang durchzusetzen, daß die Gefahr wohl eher vom Staat ausgeht, als von dem diffusen Feindbild der „Organisierten Kriminalität". (...) [In den Medien und von Seiten der PolitikerInnen] werden Flüchtlinge grundsätzlich mit Kriminellen gleichgesetzt und als DrahtzieherInnen der „Organisierten Kriminalität" dargestellt. Bestimmte Straftaten werden prinzipiell Menschen aus bestimmten Ländern zugeordnet. ... Doch kriminell sind MigrantInnen nicht nur, weil sie angeblich besonders viele Straftaten begehen, sondern allein aufgrund der Tatsache, daß sie es gewagt haben, nach Deutschland einzureisen. Nachdem schon 1993 das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde, wird die Repression gegen Flüchtlinge in allen Lebensbereichen immer mehr verstärkt. (...) Auch auf europäischer Ebene löst die „Organisierte Kriminalität" und die illegale Einwanderung das veraltete Feindbild des Terrorismus ab, das früher als Begründung für erweiterte Überwachungsbefugnisse herhalten mußte. Kernstück der europäischen polizeilichen Überwachung ist bisher das Schengener Abkommen. Die Liberalisierungen auf dem europäischen Markt erfordern nach Ansicht der PolitikerInnen auch eine verstärkte, EU-weite Konkurrenz unter den ArbeitnehmerInnen, die durch eine größere Mobilität erreicht werden sollte. (...) [Der im Schengener Abkommen beschlossene] Grenzkontrollenabbau wurde zu einem Risiko hochstilisiert, das angeblich Ausgleichsmaßnahmen notwendig macht, und führte somit zu einer verstärkten Abschottung nach außen und Überwachung im Innern. Die Visumspolitik ... wurde vereinheitlicht und verschärft, und die EU-Außengrenzsicherung immer stärker militärisch und technisch hochgerüstet. Im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit ist vor allem das gigantische Computernetz „Schengener Informationssystem" (SIS) ein Überwachungsinstrument von neuer Qualität. Gespeichert werden darin die Daten von Verdächtigen, d. h. von Personen, von denen angenommen wird, daß sie eine Straftat begangen haben oder wahrscheinlich begehen werden. Dabei werden neben Personalien, unveränderlichen Kennzeichen, Telefon- und Bankverbindungen auch Informationen über die politische und religiöse Anschauung, die Gesundheit und das Sexualleben gespeichert. Der Alptraum vom gläsernen Menschen scheint nahe an seiner Verwirklichung und kaum jemand stört sich daran - „big brother" läßt grüßen.«

Autonomes Redaktionskollektiv

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (Hrsg.): **Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat.** *Texte über die „Innere Sicherheit"* [Dokumentation], Heidelberg: Juni 1998, 48 Seiten, 4,- DM

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum

Neu!

ARNie INFO EXPRESS

Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen des Infotelefon Garfield
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informations-Lücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben (incl. Porto)

Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben
❑ als Probeexemplar für 3,- DM

Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach

Das Autonome Zentrum im Juli

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)** **TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Do - So)**	**18 Sa**	
2 Do	19.00 offenes Treffen der **Antifaschistischen Jugend Aktion (AJA)** 20.00 Vokü und Kneipe mit **Underwater Experience**	**19 So**	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**: jazz, soul, hiphop, drum 'n' bass, techno...
3 Fr	21.00 **KINO-Abend** (jetzt jeden Freitag mit Videobeamer) mit dem „**AK Kraak**"-Film und dem neuen **AZ-Film** 22.00 **PolitologInnen-Party** mit der **Manischen Weststadt** (+ CocktailBar)	**20 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
4 Sa	10.00 **Nazi-Aufmarsch** in Heidelberg **verhindern!**	**21 Di**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr,** 20.00 Vokü und Kneipe der **Gewaltfreien Aktionsgruppe (GA)**
5 So	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: Spieleabend 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions** im Keller: jazz, soul, hiphop, drum 'n' bass, techno...	**22 Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
6 Mo	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo - So)** **Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü	**23 Do**	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
7 Di	20.00 Vokü und Kneipe mit den „**Drei Damen vom Grill**"	**24 Fr**	21.00 **KINO-Abend** mit „**Erdbeer und Schokolade**" 22.00 „**Le monde de nuit**": Dark Wave/Industrial-Party jenseits des Mainstreams
8 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**	**25 Sa**	22.00 „**Going Under Ground**": Independent, Alternative, Kreuz-Über

9 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
10 Fr	21.00 **KINO-Abend** mit **„Das Leben ist eine Baustelle“**
11 Sa	22.00 **BLACK MUSIC-SOMMERPARTY**: 70ties Funk, Soul & Disco (+ CocktailBar)
12 So	11.00 SportlerInnenfrühstück mit Tischtennisturnier 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: **„Mojitos on ice“**-Abend 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions** im Keller
13 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
14 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Do, So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit **EGATOBAS**
15 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)** **21.00** Kneipe mit **ARAVANADI**: Kutten-Abend **„Metal up your ass!“** (mit Metal-Videos)
16 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **UnheilBar**
17 Fr	21.00 **KINO-Abend** für FrauenLesben 22.00 **FrauenLesben Disco**

26 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions** im Keller: jazz, soul, hiphop, drum ‘n’ bass, techno...
27 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
28 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr)** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Antifaschistischen Jugendaktion** (AJA)
29 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
30 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 **PicNik** mit **NicNik**
31 Fr	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** 21.00 **KINO-Abend**

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

MUMIA ABU-JAMAL
und der lange Kampf um Leben und Freiheit

Mumia Abu-Jamal ist einer der bekanntesten von über 3000 Todesstrafengefangenen und einer von über 200 politischen Gefangenen in den USA. Seit 1982 sitzt der revolutionäre afroamerikanische Journalist, Schriftsteller und Ex-Black Panther in einer Todeszelle des Staates Pennsylvania in den USA. Seit 1995 strebt er ein gerichtliches Wiederaufnahmeverfahren an. Als im August 1995 der Termin für seine legale staatliche Ermordung feststand, konnte eine breite Internationale Solidaritätsbewegung einen Aufschub der Hinrichtung erreichen. Heute ist sein Leben wieder akut bedroht. Aber im Gegensatz zu 1995 ist der „Fall" Mumia Abu-Jamal aus den meisten Medien verschwunden. Hierdurch ist einer größeren Öffentlichkeit auch nicht mehr präsent, wie ernst es um das Leben von Mumia Abu-Jamal bestellt ist. Der folgende Hintergrundartikel will versuchen, Erinnerungslücken zu schließen und über die aktuelle Situation zu informieren.

Zur Erinnerung:

Vor etwa zwei Jahren, im August 1995, drohte Mumia Abu-Jamal die Hinrichtung durch die Giftspritze. Abu-Jamal war 1982 nach einem nur zweiwöchigen Prozeß und mit Hilfe gefälschter Beweise und erpreßter ZeugInnen wegen Mordes an einem weißen Polizeibeamten in Philadelphia zum Tode verurteilt worden. Er selbst hatte in dem Prozeß mehrfach seine Unschuld beteuert, bis Richter Albert Sabo ihm das Recht auf seine eigene Verteidigung absprach und ihn vom Prozeß ausschloß. Aufgrund einer breiten internationalen Protestbewegung und der juristischen Bemühungen von Abu-Jamals Anwaltsteam unter der Leitung des New Yorker Bürgerrechtsanwalts Len Weinglass, war der prozeßführende Richter Albert F. Sabo gezwungen, Abu-Jamals Hinrichtungsbefehl auszusetzen. Allerdings lehnte Richter Sabo, der 1982 den Vorsitz im Prozeß gegen Abu-Jamal führte, dessen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Inzwischen ist eben dieser Sabo, für die nicht gerade als zimperlich bekannte Justiz in Pennsylvania, untragbar geworden und wurde zwangspensioniert. Dies nützt allerdings Mumia Abu-Jamal nichts mehr. Im Februar 1996 legte Len Weinglass vor dem Obersten Gerichtshof (Supreme Court) von Pennsylvania Berufung gegen Sabos ablehnende Entscheidung ein.

Das Verfahren vor dem Supreme Court

Der bisherige Prozeßverlauf ist nicht geeignet, große Hoffnungen in die Unparteilichkeit des Supreme Courts zu setzen. Der Oberste Gerichtshof entschied zunächst, daß Mumia Abu-Jamal keine mündliche Anhörung in dem Berufungsverfahren haben wird und damit die Verteidigung keine Chance bekommt, die über 500 Seiten an bis dato bekannten Beweisen zugunsten Mumias zu erläutern. Während der Oberste Gerichtshof seine Absicht signalisierte, die abgekartete Anklage von 1982 gegen Mumia Abu-Jamal aufrechtzuerhalten, kamen immer neue Beweise für seine Unschuld ans Licht. Seine Anwälte reichten immer neue Dokumente als Zusatz zu den Berufungsunterlagen ein, die weitere Beweise dafür lieferten, daß Polizei und Anklagevertreter Zeugen manipulierten und unter Druck setzten, um Mumia Abu-Jamal fälschlicherweise zum Tode zu verurteilen. Zusätzlich enthüllen eine Reihe dieser Dokumente eine Verbindung von Abu-Jamals Fall und dem Skandal im 39. Polizeibezirk von Philadelphia, der bisher zur Verurteilung von sechs Polizisten wegen krasser Korruption - einschließlich abgekarteter Anklagen gegen hunderte unschuldiger schwarzer Menschen - führte.

Eine Hauptzeugin der US-Bundesregierung bei den Ermittlungen im 39. Bezirk - eine frühere Informantin der Polizei von Philadelphia - ist Pamela Jenkins. Jenkins trat nun hervor und sagte aus, daß einer dieser sechs mittlerweile verurteilten Polizisten (Tom Ryan) 1981 versucht hatte, sie zu einem Meineid zu drängen. Trotzdem sie in der

Nacht, in der die Schießerei, an welcher Mumia Abu-Jamal beteiligt gewesen sein soll, stattfand, nicht auf der Straße war und dies auch klar sagte, insistierte Tom Ryan gemeinsam mit Richard Ryan, der offensichtlich als Streifenkollege Tatzeuge war, weiter. Pamela Jenkins war klar, daß die beiden Beamten wollten, daß sie einen Meineid leisten sollte, um zu sagen, sie hätte gesehen, wie Jamal den Polizisten erschoß.

Einige Zeit zuvor beschrieb Veronica Jones - eine Zeugin der Erschießung von 1981 - bei einer Beweisanhörung, wie sie von Polizei und Staatsanwaltschaft gezwungen worden war, in Mumias Prozeß 1982 zu lügen. Sie bezeugte, daß sie unter massivem Druck seitens der Polizei ihren ursprünglichen wahren Zeugenbericht änderte und Mumia belastete. Als ehemalige Prostituierte wurde ihr damals angeboten, sie könne weiterhin auf der Straße arbeiten, und zwar unbehelligt. So schloß sie sich der von der Staatsanwaltschaft als Starzeugin präsentierten Cynthia White an, die zu dieser Zeit ebenfalls als Prostituierte arbeitete, und sagte 1982 aus, sie habe gesehen, daß Mumia den Polizisten erschoß. Pamela Jenkins berichtet heute, Cynthia White selbst habe ihr gesagt, „daß sie wegen des Jamal-Falls durch einen Polizisten mit dem Tod bedroht worden ist". Und die Verteidigung konnte ermitteln: „White erhielt eindeutig noch im Jahre 1987 bevorzugte Behandlung, als ein Detektiv der Mordkommission vor Gericht erschien und den Richter bat, White wegen ihrer Rolle im Fall von Jamal aus dem Gefängnis zu entlassen." Trotz einer Anklageerhebung wegen Raubes, Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz durfte sie nach einer Unterschrift gehen, flüchtete trotz gestellter Kaution und wurde seither nie wieder in Philadelphia verhaftet. Veronica Jones richtete auf einer Pressekonferenz am 10. März 1997, bei der auch Pamela Jenkins anwesend war, einen leidenschaftlichen Appell an Cynthia White, sich ihr und Pamela Jenkins anzuschließen und die Wahrheit über Mumia zu sagen: „Wir wissen, daß wir dies kurz und bündig zu Ende bringen können, wenn du nur hervortrittst ... Dann kannst du vielleicht mit deiner Vergangenheit aufräumen, wie wir anderen es tun!"

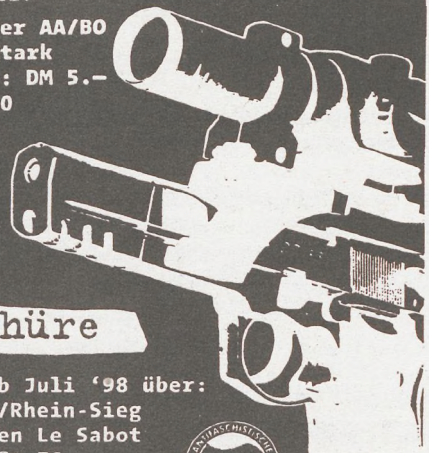
Mit den oben genannten drei Personen wären alle drei verbliebenen Zeuginnen der Anklage zur Wahrheit zurückgekehrt und es gäbe keine BelastungszeugInnen gegen Mumia Abu-Jamal mehr. Diese etwas ausführlichere Betrachtung der Prozeß- und ZeugInnenmanipulation ließe sich beliebig fortsetzen. Nicht anders verhält es sich mit den anderen sogenannten Belastungsbeweisen, die nach und nach als gefälscht und manipuliert entlarvt

ENTSICHERT

der Polizeistaat lädt nach...

Das Konzept der „Inneren Sicherheit" von der historischen Herleitung über die Umstrukturierung der Innenstädte, Rolle der Antifa-Bewegung, Schengener Abkommen und Gen-Datei.

Broschüre der AA/BO
72 Seiten stark
Einzelpreis: DM 5.–
WVP: DM 3,50



Broschüre

Lieferbar ab Juli '98 über:
Antifa Bonn/Rhein-Sieg
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn

werden konnten. Ebenso gelang es der Verteidigung, eindeutige Beweise für eine rassistisch motivierte Prozeß- und Beweisführung hervorzubringen, womit fundamentale Bürger- und Menschenrechte Abu-Jamals im Verfahren 1982 verletzt worden waren.

Die rechtlichen Fakten sprechen überwältigend für Mumia Abu-Jamals Freiheit. Aber die Allianz von FOP (Fraternal Order of Police, Polizeibruderschaft) in Philadelphia und rassistischen PolitikerInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen setzt alles daran, den mit Preisen ausgezeichneten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Black Panther Mumia Abu Jamal durch eine Hinrichtung endgültig zum Schweigen zu bringen.

Die Verurteilung Mumia Abu Jamals - wie die Urteile gegen viele andere Menschen in den USA auch - hat eindeutig politische Gründe. Der politische Charakter dieses geplanten Justizmordes liegt auf der Hand: Mumia Abu-Jamal ist schwarz, wie mehr als die Hälfte der ca. 3000 Gefangenen in den Todestrakten der USA, er war Mitglied der „Black Panther Party for Selfdefense" und seine als „Voice of the Voiceless" international bekannte Stimme überwindet auch die Mauern der Todeszelle. Dies hat er unter anderem mit der Veröffentlichung zweier Bücher unter teilweise schwierigen konspirativen Bedingungen aus der Zelle heraus eindrucksvoll bewiesen. Als Radiojournalist berichtete er bis vor einiger Zeit ebenso über die Bedingungen in den Todeszellen, wie zuvor über rassistische Übergriffe meist weißer Polizeibeamter und Wärter gegen nichtweiße Menschen und zog sich so den Haß der rechtsradikalen, aber einflußreichen Polizeibruderschaft „Fraternal Order of Police" (FOP) zu. Ins Visier herrschender Kreise geriet er auch durch seine engagierte Berichterstattung über die Verfolgung und den Terror gegen die MOVE-Organisation und seinen Einsatz für deren inhaftierte Mitglieder.

Trotz aller Schikanen, denen er im Todestrakt zusätzlich zu seiner drohenden Hinrichtung ausgesetzt ist, kämpfte er auch weiter gegen das rassistische US-amerikanische Knastsystem und den dahinter stehenden latenten gesellschaftlichen Rassismus in den USA.

Rassismus und Brutalität in den Todestrakten von SCI Green, Pennsylvania

In mehreren Hungerstreiks 1998 gelang es den Todesstrafengefangenen in SCI Green, unter ihnen auch Mumia Abu-Jamal, die Bedingungen in diesem Knast teilweise zu verändern. Durch zahlrei-

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

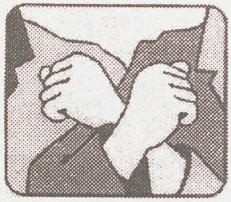
che Schikanen, wie das Tragen von Anstaltskleidung, die Wegnahme von wichtigen Verteidigungs- und Berufungsunterlagen, willkürlichen Besuchsverboten bis hin zu körperlichen Übergriffen und Mißhandlungen an den Gefangenen, wurden die „Todgeweihten" zusätzlich provoziert. Durch die Hungerstreiks wurde die Rücknahme einiger dieser Maßnahmen erreicht. Zudem kam es zu öffentlichen Untersuchungen in SCI Green, die u. a. zur Folge hatten, daß der höchstrangigste Offizier dieses Gefängnisses degradiert wurde und zwei seiner Leutnants entlassen wurden. Gegen weitere Bedienstete wurden Ermittlungs- und Disziplinarverfahren eingeleitet. All dies konnte erst erreicht werden, als die internationale Öffentlichkeit, auch bedingt durch die Popularität von Mumia Abu-Jamal, auf die Zustände in diesem Gefängnis aufmerksam wurde. So sahen sich die Verantwortlichen gezwungen zu reagieren, obwohl die vorherrschenden Zustände bereits seit der Eröffnung von SCI Green 1994 angeprangert worden waren.

Die Solidarität mit Mumia Abu-Jamal muß verstärkt werden

Angesichts des bevorstehenden negativen Entscheides des Obersten Gerichtshofs von Pennsylvania und der daraus resultierenden Gefahr eines neuerlichen Hinrichtungstermins für Mumia Abu-Jamal muß die internationale Solidarität wieder verstärkt werden. In den letzten Monaten wurde die internationale Kampagne mit Unterschriftensammlungen und vielfältigen Solidaritätsaktionen fortgesetzt. So fand im Dezember 1997 ein internationales Tribunal mit bekannten Persönlichkeiten aus Justiz- und rechtswissenschaftlichen Kreisen statt. Auch der Generalsekretär von amnesty international (ai), Piere Sane, hatte im Dezember 1997 nach einem Besuch bei Mumia Abu-Jamal und einem weiteren Gefangenen Pennsylvania als „den rassistischsten und ungerechtesten" US-Bundesstaat mit Todesstrafenpraxis kritisiert. Seither setzt sich auch ai für ein Wiederaufnahmeverfahren ein. Die Vereinigung der RechtsanwältInnen der USA hat nur einen Tag später in einer Resolution ein sofortiges Moratorium aller Hinrichtungen gefordert.

In der BRD ist die Unterstützungskampagne, trotz eines nach wie vor vorherrschenden Desinteresses der meisten Medien, in den vergangenen Monaten wieder angewachsen. Zur Zeit sind ca. 14 Unterstützungsgruppen bundesweit aktiv und planen für den Fall einer neuerlichen Ablehnung der Berufung von Mumia Abu-Jamal und die von Gouverneur Ridge bereits angekündigte Unterschrift eines neuen Hinrichtungsbefehls eine bundesweite Demonstration in Berlin. [Auch] andere gesellschaftliche Gruppen zeigen auf vielfältige Weise ihre Unterstützung. (...) [Aber] so sehr diese vielfältige Solidarität auf breiter gesellschaftlicher Basis zu begrüßen ist, so notwendig sind aber dennoch weitere Anstrengungen, die Situation von Mumia Abu-Jamal einer breiten Öffentlichkeit wieder ins Gedächtnis zu rufen. Hier sind vor allem auch die deutschen MedienvertreterInnen gefragt, ähnlich wie schon einmal 1995, über die drohende Hinrichtung ihres Kollegen zu berichten. Nur wenn es wieder gelingt, den Nebel des Schweigens zu lichten, kann es auch gelingen, hier in der BRD einen entscheidenden Beitrag zu leisten, das Leben von Mumia Abu-Jamal, und damit von vielen weiteren TodeskandidatInnen, zu retten.

R.



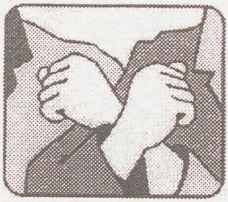
Innere Sicherheit - Sicherheit für wen? Die „Säuberung" der Innenstädte - ein Aspekt der „Inneren Sicherheit"

Am 8. Juni fand im Rohrbacher Restaurant „Zur Linde" auf Einladung des Heidelberger CDU-Kandidaten Karl A. Lamers eine Wahlkampfveranstaltung mit dem baden-württembergischen Innenminister Thomas Schäuble (ebenfalls CDU) statt. Thema: „Innere Sicherheit". Was der Begriff unter anderem bedeutet, wurde den BesucherInnen und den ca. 30 GegendemonstrantInnen durch die zahlreich vertretenen Schergen von Polizei und Staatsschutz unmittelbar verdeutlicht. Kurz vor Beginn der Veranstaltung versuchten Ordner der CDU, einzelnen Interessierten den Zutritt zu verweigern - mit der fadenscheinigen Begründung, es handle sich um eine „geschlossene Veranstaltung". Dennoch gelangten einige kritische BeobachterInnen in den Veranstaltungssaal. Nach einer Einführung Lamers' folgte die einstündige Rede des Innenministers. Er beschränkte sich darauf, die „Probleme" der sogenannten Inneren Sicherheit aus seiner Sicht darzustellen und die scheinbare Bedrohung durch „Asylanten" medienwirksam zu inszenieren. Für Schäuble geht die Gefahr für die Festung Europa von „technisch hochgerüsteten Asylbewerbern" aus, die „massenhaft" über die Grenzen „strömen". Der einzige Umgang mit Flüchtlingen besteht aus seiner Sicht in einem technisch hochgerüsteten Polizeiapparat, der die Grenzen hermetisch abriegelt. Kritische Fragen aus dem Publikum beantwortete Schäuble phrasenhaft mit „Wenn Sie Verstand hätten...". Im folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt der Autonomen Antifa Heidelberg, *das an diesem Abend verteilt wurde:* -Sabotage

Die sogenannte Innere Sicherheit ist das Top-Thema der letzten Jahre. Je näher das Wahljahr 1998 - das „Sicherheitsjahr" (BRD-Innenminister Kanther) - rückte, um so stärker rückten die Themen der „Inneren Sicherheit" an die Öffentlichkeit. Im Bundestagswahlkampf werden die Themen der „Inneren Sicherheit" einen Hauptteil ausmachen. In Heidelberg und der Rhein-Neckar-Region ist es vor allem die „Säuberung der Innenstädte", die seit 1997 immer wieder von PolitikerInnen, Einzelhandelsverbänden und Medien forciert und thematisiert wird. In den größten Städten der Region - allen voran Mannheim und Heidelberg - sollen die innerstädtischen Konsumzonen freigemacht werden von unliebsamen „Störfaktoren", wie zum Beispiel Obdachlosen, Punks, Junkies, MigrantInnen, SchwarzfahrerInnen, SprayerInnen und anderen. Kurzum von all denjenigen, die die kaufkräftigen KonsumentInnen bei ihrem Bummel durch die Innenstädte „belästigen" könnten.

Neue Polizeiverordnung zur Durchsetzung von Profitinteressen

Diese neuen Feindbilder der „Verbrechensbekämpfung" sind das erklärte Ziel der ProtagonistInnen der „Inneren Sicherheit". Sie müssen als Sündenböcke herhalten, wenn es um die Ängste der Bevölkerung geht. Das Wort „Verbrechen" wird in neuen Polizeiverordnungen im Sinne der Herrschenden neu definiert: „aufdringliches Betteln", „gefährdendes Skaten", „Umherklettern auf Denkmälern", „Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit", „Lagern in Schmuckanlagen" u. a. reichen für eine Kriminalisierung aus. Wer gegen die Polizeiverordnung verstößt, muß mit Bußgeldern bis zu 1000 DM rechnen. Die neuen Feindbilder passen nicht ins Konzept des ungestörten Konsums. EinzelhandelsvertreterInnen sehen in ihnen eine Art „Kauf-



rauschbremse", die sie verantwortlich machen für rückläufige KundInnenzahlen und geringere Umsätze. Wenn der Einzelhandel Angst um seinen Profit hat, wird sich seitens der Stadtverwaltung schnell um adäquate Lösungen bemüht - schließlich decken sich die Profitinteressen des Einzelhandels mit den Standort- und Profilierungsinteressen der Stadtverwaltungen.

„Sicherheitspartnerschaft" heißt das Zauberwort

Als Bündnis von Stadtverwaltungen, Ordnungsbehörden, Polizei, Einzelhandel und privaten Sicherheitsdiensten sollen die Städte mit einer „Sicherheitspartnerschaft" sicherer gemacht werden. Mit willkürlichen Personenkontrollen, Durchsuchungen, Platzverweisen und anderen Schikanen werden die Konsummeilen der BRD „gesäubert". Seit Ende 1997 sind z. B. in Heidelberg alle verfügbaren Polizeikräfte auf der Straße, um gegen „wildes Plakatieren", Sprayen und andere Ordnungswidrigkeiten vorzugehen. Das führte in einem konkreten Fall in Heidelberg bereits zu Drohungen mit der Schußwaffe gegen vermeintliche PlakatiererInnen.

„Innere Sicherheit" ist die Sicherheit der Herrschenden

Die neuen Feindbilder werden gezielt konstruiert, um von den wahren ProfiteurInnen der „Inneren Sicherheit" abzulenken. Es geht nicht um die Sicherheit der Bevölkerung, wie dies von PolitikerInnen und Medien vorgegaukelt wird, sondern um die Absicherung des kapitalistischen Systems und der Privilegien seiner wirtschaftlichen und politischen Eliten. Die Sündenböcke werden der Bevölkerung als Verantwortliche für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mißstände präsentiert. Menschen ohne entsprechende Kaufkraft - all diejenigen, die in kapitalistischer Logik als „nicht verwertbar" gelten - werden ausgegrenzt. Wer nicht konsumiert, darf sich auch nicht mehr in den Konsumzonen der Städte aufhalten.

Abbau des Sozialstaates heißt Aufbau des Polizeistaates

Die Ängste der Bevölkerung vor Arbeits- und Wohnungslosigkeit, sozialem Abstieg und gesellschaftlicher Ächtung resultieren nicht aus der Unsicherheit durch vermeintlich steigende Kriminalität, wie uns das die herrschende Politik weismachen will. Sie resultiert vielmehr aus dem Abbau des Sozialstaates. Durch die Themen der „Inneren Sicherheit" wird gezielt von den eigentlichen Ursachen abgelenkt. Gleichzeitig dienen die geschürten Ängste als Grundlage für den Auf- und Ausbau des bundesdeutschen Überwachungsapparates. Überwachung, Kontrolle und Repression - kurz der Überwachungs- und Polizeistaat - sind somit sowohl die Folgen kapitalistischer Entwicklungen als auch Mittel zur Bekämpfung aufkeimender sozialer Bewegungen und zur Absicherung der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse.

Zusammen kämpfen
gegen die Sicherheit der Herrschenden!

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Abschalten ist ein anderes Wort für Sicherheit

Anti-AKW-Aktionscamp in Obrigheim

„In Zusammenarbeit mit der lokalen BürgerInneninitiative »AKW Obrigheim abschalten« organisiert die Heidelberger Anti-AKW/Castor-Gruppe *ein Aktionswochenende mit Camp vom 24.07 bis 26.07.1998." Ankunftstermin auf einer nicht weit vom AKW entfernten Wiese ist Freitag von 15 bis 16.00 Uhr. (Die weiteren Daten findet ihr im Veranstaltungskalender.) Anmelden könnt ihr euch bei der* Anti-AKW/Castor-Gruppe. *(Adresse siehe unten) Im folgenden dokumentieren wir in leicht gekürzter Form den Text des Flugblattes, mit dem zu diesem Camp mobilisiert wurde:* -Sabotage

»Mit dem Slogan „Castor ist ein anderes Wort für Sicherheit" wurde von den Betreibern der Atomkraftwerke noch vor wenigen Wochen Werbung gemacht. Doch vor kurzem rückte mit dem Skandal um die extrem erhöhte Strahlenbelastung auf der Oberfläche von Castoren ein Fall ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, mit dem die Behauptung von der Gefahrlosigkeit von Atommülltransporten unhaltbar wurde.

Überhaupt wurde die Bevölkerung durch die erstarkende Anti-AKW-Bewegung der letzten Jahre für das Thema sensibilisiert. In diesem veränderten politischen Klima wird jetzt zum ersten Mal auch in den bürgerlichen Medien die Propaganda der AKW-Betreiber, die durch das gezielte Vertuschen von Gefahren Sicherheit suggerierte, grundsätzlich angezweifelt. Vor diesen Risiken warnten AKW-GegnerInnen jedoch schon seit Jahren, ohne daß dies in größerem Ausmaß in der Presse Erwähnung gefunden hätte.

Die Chancen, die der momentane Stimmungswechsel eröffnet, müssen genutzt werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß die kritischer gewordene Bevölkerung mit einigen neuen Alibikontrollen ruhiggestellt wird und die Castortransporte wieder aufgenommen werden, sobald die große Empörung etwas verebbt ist. Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie ist die einzige Möglichkeit, uns vor den Gefahren zu schützen, die dem Normalbetrieb, potentiellen Unfällen, Transporten und der ungeklärten Endlagerung innewohnen. Vor allem durch die verantwortungslose Profitgier der Energieversorger ist eine Wende hin zu regenerativer, dezentraler Energie bisher verhindert worden.

Obrigheim und anderswo - AKWs abschalten

Das Kernkraftwerk Obrigheim, das älteste in Deutschland, birgt nicht nur die üblichen Risiken, sondern wird inzwischen als „Skandalreaktor" bezeichnet: Erstens wurde der Reaktorkern abweichend von der Genehmigung errichtet. (...) Zweitens wurde die Stärke der Reaktordruckbehälterwand von 190 auf 160 mm reduziert, um die Leistungserhöhung ... zu ermöglichen. Drittens ist die

Wand extrem versprödet ..., so daß sie im Notkühlfall der Belastung nicht standhalten könnte. Darüber hinaus sind wichtige Genehmigungsunterlagen „verschwunden" und liegen selbst bei keiner Behörde mehr vor. Da der Weiterbetrieb des umstrittenen Kraftwerks somit unklar ist, kann das so gern angeführte Arbeitsplatzargument hier noch leichter entkräftet werden; als einigermaßen verantwortungsvoller Arbeitgeber hätte sich der KWO-Betreiber schon lange um neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Angestellten kümmern müssen. Zudem entstünde bei der Nutzung regenerativer Energien eine viel größere Anzahl neuer Arbeitsplätze.

Kein atomares Zwischenlager - auch nicht in Obrigheim!

Eine weitere Gefährdung der Bevölkerung steht ins Haus: Gegen Ende dieses Jahres soll ein „externes Zwischenlager" für das KWO genehmigt werden, in dem angeblich für die nächsten 20 Jahre abgebrannte Brennelemente des Kraftwerks aufbewahrt werden sollen. Das dafür vorgesehene Notstandsgebäude wurde 1979 geplant und genügt bei weitem nicht den ohnehin schon zweifelhaften Sicherheitsanforderungen bezüglich Brandschutz, Kühlung usw. Durch die Lagerung würde die Menge radioaktiver Substanzen im KWO nahezu verdoppelt. Die Kapazitäten dieses Brennelementelagers gehen aber weit über die Bedürfnisse des KWOs hinaus. In Wirklichkeit handelt es sich wohl eher um die klammheimliche Schaffung eines süddeutschen Zwischenlagers! Und daß die als zeitlich begrenzte Übergangslösung propagierten Zwischenlager letztlich als sicherheitstechnisch völlig ungenügende Dauerlager genutzt werden, um das Entsorgungsproblem zu verschleiern, zeigen die Erfahrungen von Gorleben und Ahaus.«

Anti-AKW/Castor-Gruppe,
EWZ, Karlstorbahnhof, 69117 Heidelberg
Infotelefon: (06221) 89 23 46 oder 41 32 73

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

Am 12. Mai 1998 wurden bundesweit über 35 Wohnungen und Geschäftsräume nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) durchsucht. Die Ermittlungen richten sich gegen 39 Personen, die eine kriminelle Vereinigung innerhalb der Antifa Passau gegründet haben sollen.

Betroffen sind einige, gemeint sind wir alle!

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Schafft Öffentlichkeit, solidarisiert euch, sammelt und spendet Geld!
Spendenkonto: Rechtshilfefond · Kto 3 608 298 · Blz 740 900 00 · Raiffeisenbank Passau/Freyung · Stichwort: 12. Mai

Demos & Veranstaltungen

Veranstaltungsreihe „Innere Sicherheit - Sicherheit für wen?“

Die sogenannte Innere Sicherheit ist das Top-Wahlkampfthema in diesem Jahr. Bundesinnenminister Manfred Kanther hat unlängst das Jahr 1998 zum „Sicherheitsjahr“ erklärt. Aber was steckt überhaupt hinter dem Begriff „Innere Sicherheit“? Wessen Sicherheit ist damit gemeint? Mit Schlagwörtern wie „Organisierte Kriminalität“, „Jugend“- und „Ausländerkriminalität“ werden von Politik und Medien Feindbilder geschaffen. Der Bevölkerung werden vermeintliche Verantwortliche für Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Armut präsentiert.

Diese Veranstaltungsreihe nimmt die Strukturen und Interessen, die hinter der „Inneren Sicherheit“ stehen, genauer unter die Lupe. Sie wird veranstaltet von: Autonome Antifa Heidelberg, DKP Heidelberg, DASOV, Deutscher Freidenker-Verband, Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen, PDS Heidelberg, Rote Hilfe e. V. OG HD, Roter Splitter, VVN/BdA.

Mi. 01.07.
Veranstaltungsreihe im KaBa 20.00 Uhr

Abspeichern - Abschieben - Abschotten
Die Festung Europa macht dicht
Das Schengener Abkommen und Europol

Wenn man der herrschenden Propaganda glauben schenkt, droht Europa und im speziellen die BRD von „Flutwellen“ und „Strömen“ heimgesucht zu werden. Gemeint sind damit aber keine Naturkatastrophen. Mit diesen Bedrohungsszenarien meinen die verantwortlichen PolitikerInnen und ihre loyalen GehilfInnen in den Medien all diejenigen, die nach Europa und in die BRD einwandern. Mittlerweile wird das Schlagwort „Scheinasylant“, das für die faktische Abschaffung des Asylrechts und rassistische Hetze herhalten mußte, durch Begriffe wie „organisierte Kriminalität“, „Russenmafia“ oder „Illegale“ ersetzt. Ihnen gilt jetzt die ganze Aufmerksamkeit der im Namen der „Inneren Sicherheit“ agierenden AbschiebestrategInnen - allen voran BRD-Innenminister Manfred Kanther. Eines der wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung der vermeintlichen Gefährdung der „Inneren Sicherheit“ von außen stellt das Schengener Abkommen dar.

Referent: Martin Heiming (Rechtsanwalt)
Karlstorbahnhof, Gumbel-Raum

Mi. 15.07.
Veranstaltungsreihe im KaBa 20.00 Uhr

Verfassungsschutzbericht - ein Blick auf die Arbeit eines Geheimdienstes

Im Rahmen dieser Veranstaltung werden einige Einblicke in die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes geboten. Eine Behörde, die gerne im Verborgenen und Geheimen operiert, soll im Laufe der Veranstaltung etwas mehr ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Nach einer kurzen Einleitung über die Geschichte des Verfassungsschutzes und seiner Entstehung in ungebrochener Kontinuität aus der Zeit des Nazi-Faschismus, wird es im wesentlichen um die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes gehen. Hierzu werden regionale Beispiele aus über 20 Anwerbeversuchen des Verfassungsschutzes bei überwiegend Jugendlichen aus der antifaschistischen/autonomen Szene dargestellt und konkrete Bespitzelungsaktionen erläutert. Anschließend wird der Referent über Möglichkeiten berichten, Auskünfte von Sicherheitsbehörden zu erlangen.

Referent: Vertreter des Bundesvorstandes der Roten Hilfe e. V.

Karlstorbahnhof, Gumbel-Raum

Do. 02.07.
Antifa-Camp 15.00 Uhr

Beginn des von der AA/BO initiierten Antifaschistischen Camps 1998. Mit vielen Workshops und Arbeitsgruppen.

Ankunft: 15.00 Uhr, Jugendburg Ludwigstein bei Witzenhausen/Göttingen

(Näheres dazu in *Sabo* 05/98)

Sa. 04.07.
Demo in Heidelberg 10.00

Nazi-Aufmarsch in Heidelberg verhindern!

»Neonazis mobilisieren über sogenannte „Nationale Infotelefone" ... zu einer Demonstration am 04. Juli um 12.00 Uhr nach Heidelberg. Zum Anlaß nehmen sie den 100. Todestag Bismarcks. Für uns steht fest, daß wir diesen Versuch der Neonazis, ihre Propaganda zu verbreiten, mit allen Mitteln verhindern werden.

Wir rufen alle auf, sich an Protesten und Gegenaktionen in Heidelberg zu beteiligen!«

(aus dem Aufruf der Autonomen Antifa Heidelberg)

Treffpunkt: 10.00 Uhr, Bismarckplatz, Heidelberg

(Näheres dazu in dieser *Sabo*)

Do. 09.07.
Kabarett im KaBa 20.00 Uhr

Kabarett Krokodil mit seinem Programm Kassensturz, präsentiert von VVN/BdA

Börsenfieber in Frankfurt - Geltungsdrang in Bonn - Alles muß sich lohnen...

Sie erleben die Zappfamilie vor der Glotze, die Beichte des Waffenhändlers, drei Machos am Tresen, ehemalige 68er in der Alten-WG und noch ein bißchen mehr. Begleitet von ihrem Pianisten Hansjörg Widmer rappen, singen und blödeln die Krokodile durchs Programm und halten der Ellenbogengesellschaft den Spiegel vor.

Beginn: 20.00 Uhr, Karlstorbahnhof Heidelberg, Großer Saal

Eintritt: 12,-/10,- DM

Veranstaltet von VVN/BdA

Anti-AKW-Aktionscamp in Obrigheim

»In Zusammenarbeit mit der lokalen BürgerInneninitiative „AKW Obrigheim abschalten" organisiert die Heidelberger Anti-AKW/Castor-Gruppe ein Aktionswochenende mit Camp vom 24. bis 26.07. auf einer gemütlichen Wiese nicht weit vom AKW. Bringt bitte Zelte, Schlafsäcke, wetterbeständige Kleidung, möglichst Fahrräder, Musikinstrumente, ... mit. Da wir kein steriles, sondern ein lebendiges und buntes Camp machen wollen, sind Kinder und Hunde ausdrücklich willkommen«:

Fr. 24.07.
Camp - Ankunft 15.00 Uhr

Sa. 25.07.
Camp - Infoaktion in Mosbach vormittags

Abends ist dann noch eine Infoveranstaltung über Widerstand in Ahaus, Obrigheim, international und anderswo. Danach Fete mit Liveauftritten.

So. 26.07.
Camp - Demo in Neckarelz 12.30 Uhr

Demo ab Bahnhof Neckarelz

Von hier aus geht's zum AKW Obrigheim.

Treffpunkt: 12.30 Uhr

Sa. 25.07.
KINO-Abend im AZ — **21.00 Uhr**

Film „Erdbeer und Schokolade“ im Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ)

Ab Juli jeden Freitag im Monat: Kino-Abend im AZ mit Videobeamer und 180 cm-Leinwand! In diesem Monat (mit fünf Freitagen) schon der dritte Abend dieser Art. Mit einem kubanisch-mexikanisch-spanischen Film, in dem sich »ein systemkritischer Homosexueller und ein linientreuer Student ... in Havanna kennen[lernen]. Die ursprünglichen Ziele - Verführung auf der einen, Bespitzelung auf der anderen Seite - geraten angesichts der wachsenden Freundschaft immer mehr aus dem Blickfeld. Ein menschlich bewegendes und äußerst unterhaltsames Plädoyer für Respekt und Toleranz. Gefühlskino im besten Sinne, mit sicherer Hand zwischen den Extremen von Melodram und ironischer Farce inszeniert.«

„Fresa y chocolate“, Kuba/Mexiko/Spanien 1993, Regie: Tomás Gutiérrez Alea, Juan Carlos Tabío, Länge: 110 min

Veranstaltet von den Kino-Freaks des AZ

AZ
Autonomes Zentrum Heidelberg
Alte Bergheimerstr. 7a
Tel.: 06221/18 12 00

JUZ
Jugendzentrum in Selbstverwaltung
„Friedrich Dürr“
Neuer Meßplatz, Mannheim

KaBa
Kulturzentrum Karlstorbahnhof
Am Karlstor 1, Heidelberg

EWZ
Eine Welt Zentrum im KaBa

JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine im Juli 1998

DO 02.07. Infoveranstaltung mit ABB-Betriebsräten 20.00 Uhr

FR 10.07. Drei Jahre Spiritual Night (Gothic-Dark Wave-Disco)
22.00 Uhr

SA 11.07. Krempelmarktfrühstück ab 8.00 Uhr
N.E.W.I.W. - die Mitternachtsdisco im JUZ: Drum 'n' Bass
23.00 Uhr

SA 18.07. "Kultur Dilettantismus": Party mit Bands, DJ(ane)s, ...
20.00 Uhr

FR 24.07. Newcomer-Konzert mit Bands aus der Region 20.00 Uhr

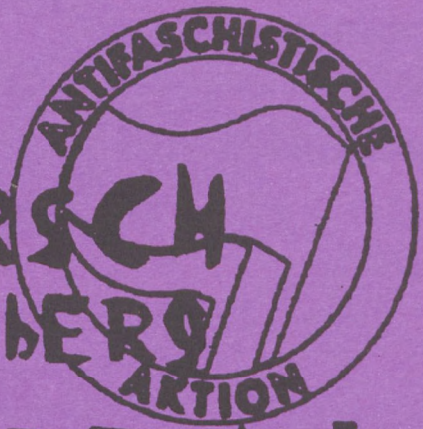
DO 30.07. Billigbiertag 19.30 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Voküi ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim

NAZI-AUFMARSCH IN HEIDELBERG VERHINDERN!



Neonazis mobilisieren über sogenannte "Nationale Infotelefone", die zu den wichtigsten Kommunikationsmitteln der bundesdeutschen Neonazi-Szene gehören, zu einer Demonstration am 4. Juli um 12.00 Uhr nach Heidelberg. Zum Anlaß nehmen sie den 100. Todestag Bismarcks. Für uns steht fest, daß wir diesen Versuch der Neonazis, ihre Propaganda zu verbreiten, mit allen Mitteln verhindern werden. Wir rufen alle auf, sich an Protesten und Gegenaktionen in Heidelberg zu beteiligen.

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

Achtet auf weitere Infos oder ruft an:

06221/22 65 2

AUTONOME ANTIFA HD